

Neu-Ulmer Zeitung

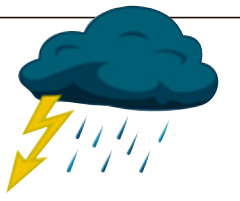
EINE ZEITUNG DER AUGSBURGER ALLGEMEINEN



Steinskulpturen
Lenin und Stalin
bleiben Ladenhüter
Bayern

Bregenzer Festspiele
Georges Bizets „Carmen“ ist wie geschaffen
für die Freilichtbühne am See
Feuilleton

Gewitter, 27 Grad
Gebietsweise ein
paar Regengüsse
Wetter



FREITAG, 21. JULI 2017 NR. 166 | 69. JAHRGANG

www.nuz.de

PREIS € 1,80

Koalition rät zu Vorsicht bei Türkei-Reisen

Kurswechsel Tourismus, Wirtschaftshilfe: Wie Berlin den Druck auf Erdogan erhöht

VON RUDI WAIS

Augsburg/Berlin Weniger Urlauber, weniger Beihilfen, weniger Investitionen: Mit einem abrupten Kurswechsel erhöht die Bundesregierung den Druck auf die Türkei und ihren Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Touristen, die dort noch Ferien machen wollen, rät das Auswärtige Amt seit gestern zu erhöhter Vorsicht. Außerdem kündigte Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) nach monatelangen Appellen zur Mäßigung an die Türkei eine Überprüfung der europäischen Finanzhilfen und der Bürgschaften an, mit denen die Bundesregierung Türkei-Geschäfte für deutsche Unternehmen absichert. Ein Ende dieses Programms würde die ins Schlingern geratene türkische Wirtschaft empfindlich treffen. Nach China ist die Bundesrepublik der zweitwichtigste Handelspartner der Türkei.

Die Neuausrichtung der deutschen Türkei-Politik sei mit Bundeskanzlerin Angela Merkel abgesprochen, betonte Gabriel. „Wer unbescholtenen Besucher seines Landes unter wirklich hanebüchernen, ja abwegigen Beschuldigungen festnimmt, der verlässt den Boden europäischer Werte.“ Inhaftierungen wie die des Berliner Journalisten Denis Yücel, seiner Neu-Ulmer Kollegin Mesale Tolu oder zuletzt des Menschenrechtlers Peter Steudtner würden mit „abwegigen Vorwürfen von Terrorpropaganda“ begründet, die nur dazu dienen sollten, jede kritische Stimme in der Türkei zum Schweigen zu bringen. Konkret beschlossen hat die Koalition das Ende der milliardenschweren Export- und Investitionsbürgschaften noch nicht – bisher droht sie Erdogan nur damit. Die verschärften Sicherheitshinweise für Touristen werden ihre Wirkung nach Einschätzung des CSU-Europapolitikers Markus Ferber dagegen schon bald zeigen, weil sie das Land an einem „empfindlichen Nerv“ trafen. Nach den Reisenden aus

Russland seien die Deutschen dort die zweitgrößte Urlaubergruppe, betonte der Bobinger Abgeordnete im Gespräch mit unserer Zeitung. Wer eine Reise in die Türkei plant oder bereits gebucht hat, soll sich künftig schon bei Aufenthalt von wenigen Tagen mit der deutschen Botschaft oder einem Konsulat in Verbindung setzen, empfiehlt das Auswärtige Amt. Gabriel selbst sagt: „Der Fall Peter Steudtner zeigt, dass deutsche Staatsbürger in der Türkei vor willkürlichen Verhaftungen nicht mehr sicher sind.“

Während die türkische Regierung die deutsche Reaktion als „inakzeptabel“ verurteilt und sich „Erpressungen und Drohungen“ aus Berlin verbittet, diskutiert die Große Koalition offenbar schon die nächsten Schritte. Nach dem bereits beschlossenen Abzug der Bundeswehr aus dem Stützpunkt Incirlik denkt CSU-Chef Horst Seehofer laut über einen Rückzug aus der Nato-Basis in Konya nach. Auch hier verweigert Ankara Abgeordneten des Bundestages einen Besuch bei den dort stationierten deutschen Soldaten.

Um die Eskalation des Konfliktes geht es auch im **Kommentar**. Hintergrundberichte und ein Porträt von Steudtner finden Sie in der **Politik**.

Wie reagieren Veranstalter?

- Die deutschen Reiseveranstalter halten an ihrem Türkei-Geschäft fest. „Die Reisen für die Urlauber finden wie gebucht statt“, teilte der Deutsche Reiseverband mit.
- „Es gelten die regulären Allgemeinen Geschäftsbedingungen und damit die Storno- und Umbuchungsgebühren“, betonte der Verband, der Veranstalter und Reisebüros vertritt. Diese richteten sich nach den Empfehlungen des Auswärtigen Amtes. Dieses habe aber keine förmliche Reisewarnung ausgesprochen, sondern lediglich die Reisehinweise verändert. (AZ)

Die Masse macht's



Von Problemen mit beliebten Fischen und Ferieninseln

Nicht etwa die launische Forelle, sondern der Lachs ist seit Jahren der Deutschen liebster Speisefisch. Doch diesem droht seit einiger Zeit Ungemach, weswegen nicht nur das verzehrfertig eingeschweißte Filet teurer wird: Wie die **Wirtschaft** berichtet, setzt dem Fisch ein unscheinbarer Parasit zu, nämlich die sogenannte Lachslaus. Mit ein Grund sind die riesigen Aquakulturen, in denen sich hunderttausende

Fische in einem Netz tummeln und Schädlinge leicht ausbreiten können. Mehr wie in einer Dose Ölsardinen geht es hingegen auf einer der Deutschen liebsten Ferieninseln, nämlich Mallorca, zu. Dort hat der vormalige hochgezüchtete Massentourismus mittlerweile solche Auswüchse angenommen, dass – wie auf **Panorama** steht – von der Inselregierung nun drastische Maßnahmen ergriffen werden. Foto: Imago

Asylklagen überfordern die Justiz

Flucht 2016 landeten 23 000 Widersprüche bei den Verwaltungsgerichten

VON AXEL HECHELMANN

Augsburg Zehntausende Klagen, zu wenige Richter und keine Entspannung in Sicht: Die Verwaltungsgerichte in Bayern sind von der Masse an Asylklagen überfordert. Klagten 2015 noch knapp 11 000 Asylbewerber gegen ihren Ablehnungsbescheid, waren es 2016 schon 23 000. Das geht aus Zahlen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs hervor. Und es kommt noch dramati-

scher: Für 2017 wird ein Rekord an Klagen erwartet. Die sechs bayerischen Verwaltungsgerichte ächzen unter der Last. „Alle Richter gehen an ihre Belastungsgrenzen“, sagt Stefan Eiblmaier, Pressesprecher des Verwaltungsgerichts Augsburg. „Die menschlichen Kapazitäten sind erreicht.“ Vor fünf Jahren sind etwa 400 Asylklagen in zwölf Monaten in Augsburg eingereicht worden. Allein im ersten Halbjahr 2017 waren es zehn Mal so viele – und „jeden

Tag kommen dutzende dazu“. Eiblmaier rechnet bis Jahresende mit etwa 10 000 Klagen von Menschen aus Afghanistan, Pakistan oder Nigeria. Zwar reisten viele der Kläger schon mit der Flüchtlingswelle nach Deutschland ein. Dass viele Klagen erst jetzt eingereicht werden, erklärt Eiblmaier so: Bis ein Asylbewerber seinen (Ablehnungs-)Bescheid in Händen hält, vergehen oft Monate oder Jahre. Erst dann ist eine Klage möglich.

Keine geringeren Beiträge für Eltern

Kassel Die bisherigen Beiträge für Eltern in der gesetzlichen Rentenversicherung sind rechtens. Das hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden. Laut den Richtern ist es legitim, wenn der Gesetzgeber die Kindererziehung nicht in Form von niedrigeren Beiträgen berücksichtigt, sondern durch Leistungen ausgleicht. Dazu gehörten beispielsweise kostenlose Schulen und die Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Geklagt hatten zwei Elternpaare aus Freiburg. Sie hatten gefordert, nur die Hälfte der Beiträge in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung sowie Pflegeversicherung zu zahlen oder sie zumindest zu reduzieren. Die Kläger wollen nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Mehr zu dem Urteil lesen Sie auf der **Politik**. (dpa)

Dalí muss zum Vaterschaftstest

Justiz Wie eine Wahrsagerin eine ziemlich verrückte Geschichte anzettelte

VON ANDREAS FREI

Augsburg/Madrid Sie sagt, es gehe ihr um die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Und wer kann der Wahrheit näher sein als sie, eine Wahrsagerin? Vielleicht konnte Pilar Abel also gar nicht anders, als diese, sagen wir: surreale Geschichte anzuzetteln. Die 61-Jährige aus dem spanischen Girona ist unter dem Künstlernamen Jasmine in der lokalen Zukunftsbranche tätig. Irgendwann erweitert sie ihr Portfolio. Ein sehr persönlicher Blick in die Vergangenheit führt zu der überraschenden Aussage: Ich bin die uneheliche Tochter von Salvador Dalí. Nun muss man wissen, dass der exzentrische Meister surrealisti-

scher Kunst – offiziell kinderlos – schon seit 28 Jahren tot ist. Der Mann mit dem verrückten Schnurrbart und dem Abermillionen Euro schweren Erbe fällt also als Zeuge aus. Ihre eigene Mutter, demzufolge die angebliche Dalí-Geliebte, sei an Demenz erkrankt, berichtet Jasmine, und könne sich kaum noch erinnern. Was tun, um der Wahrheit auch objektiv näher zu kommen? Jasmine alias Pilar Abel meint es ernst. Sie tingelt durch Fernsehshows, lässt sich das gut bezahlen und fordert ihren gesetzlichen Erbteil, indem sie

Stiftung verklagt. Denen hat Dalí nämlich sein komplettes Vermögen vermacht. Nach langem Hin und Her hat ein Richter ein Einsehen. Er ordnet einen Vaterschaftstest an. So kommt es, dass Gerichtsmediziner gestern Abend sein Grab öffneten, das sich in einem Museum in Dalís Geburtsstadt Figueres befindet. Die den sterblichen Überresten entnommene DNA-Probe soll im Anschluss mit dem genetischen Code von Jasmine verglichen werden. Mit der Wahrheit – und nichts als der Wahrheit – wird in einigen wenigen Wochen gerechnet. (mit ze)



Fotos: dpa/Getty Images

15 Millionen Euro für Carbon-Forscher

Augsburg In der Region München – Augsburg – Ingolstadt ist in den vergangenen Jahren die Fertigung von Teilen für Autos, Hubschrauber oder Maschinen aus Carbon vorangetrieben worden. Zum Abschluss des fünfjährigen und vom Bund mit 40 Millionen Euro geförderten Programms „MAI Carbon“ (MAI für München, Augsburg, Ingolstadt) zeigten sich die Beteiligten vom Erfolg überzeugt: Der Einsatz von Carbon in der Praxis sei nun billiger möglich, fast 6000 Arbeitsplätze seien entstanden. Jetzt wird die Forschung fortgeführt: Der Freistaat Bayern stellt für Folgeprojekte unter dem Namen „Campus Carbon 4.0“ 15 Millionen Euro bereit, das Team von MAI Carbon erhält 550 000 Euro. Was erreicht wurde, lesen Sie auf der **Wirtschaft**. (mke)

Blickpunkt Lokales

Eine Region schwört

Eine riesige Bühne auf dem Münsterplatz signalisiert bereits den Ausnahmezustand. Was bis einschließlich Montag an der Donau so alles geboten ist. **»Seite 23**

Kommentar

Das Ende der Geduld

VON BERNHARD JUNGINGER
bju@augsbu-ger-allgemeine.de

Endlich macht die Bundesregierung Ernst und beginnt, den fortgesetzten, unsäglichen Provokationen des Sultans vom Bosphorus die Stirn zu bieten. Die ständigen Nazi-Pöbeleien gegen deutsche Politiker. Das Verbot für Bundestagsabgeordnete, die in der Türkei stationierten Bundeswehrsoldaten zu besuchen. Die Festnahme von Deutschen unter fadenscheinigen Gründen – das alles war nicht länger hinzunehmen.

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, war jetzt die Verhaftung des deutschen Menschenrechtlers Peter Steudtner, der der Türkei offenbar als eine Art Geisel dienen soll.

Sigmar Gabriels Gardinenpredigt an den türkischen Präsidenten Erdogan hat mehr als Signalwirkung: Die Verschärfung der Reisehinweise könnte den Türkei-Tourismus empfindlich treffen. Richtig ist es auch, die staatlichen Hermes-Bürgschaften für Geschäfte deutscher Unternehmen in der Türkei und die EU-Vorbereitungshilfen auf den Prüfstand zu stellen. Die Reaktion der Bundesregierung kommt spät und ist noch vergleichsweise zahm, doch sie zeigt in die richtige Richtung.

Heute mit Ihrer **rtv** Wissen, was läuft

Alle Wochen-Highlights
Alle Spielfilme bewertet

Das Fernsehmagazin Ihrer Zeitung

Heute in Ihrer Zeitung

Neues aus Schorndorf

Wie unpräzise Meldungen über Randalen auf dem Stadtfest eine Wut-Welle auslösten, lesen Sie auf der Seite **Politik**.

Kontakt

Redaktion Tel. (07 31) 70 71 - 20
Fax (07 31) 70 71 - 12
redaktion@nuz.de

Anzeigen Tel. (07 31) 70 71 - 80
Fax (07 31) 70 71 - 72
anzeigen@nuz.de

Abo-Service Tel. (07 31) 70 71 - 90
abo@nuz.de

